

**Zeitschrift:** ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift

**Herausgeber:** Schweizerische Offiziersgesellschaft

**Band:** 174 (2008)

**Heft:** 06

**Artikel:** Was sind die aktuellen sicherheitspolitischen Herausforderungen?

**Autor:** Hagmann, Jonas

**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-71418>

#### Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

#### Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

#### Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 15.01.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

# Was sind die aktuellen sicherheitspolitischen Herausforderungen?

## Eine empirische Verortung der Expertenansichten

Aktuelle Streitgespräche über die Konzeption einer «angemessenen» Sicherheitspolitik fussen generell auf divergierenden und meist sehr individuellen Bedrohungsbildern. Wie die Ansichten der führenden Experten der schweizerischen Sicherheitspolitik aussehen, zeigen die hier zusammengefassten Resultate einer ersten landesweiten Expertenbefragung.

Jonas Hagmann\*

Dass heute auf der Grundlage von verschiedenen und zumeist individuellen Bedrohungswahrnehmungen über Sicherheitspolitik diskutiert wird, ist nicht gänzlich überraschend, liegt die letzte umfassende und offizielle Bedrohungserfassung des Bundes doch gut acht Jahre zurück. Für die Entwicklung einer angepassten und zeitgemässen, zudem national tragbaren Sicherheitspolitik ist eine gemeinsame Grundlage jedoch unerlässlich. Aus politologischer Perspektive ist klar, dass die führenden Exponenten der Sicherheitspolitik dabei eine zentrale Rolle spielen. Sicherheitspolitik stellt ein komplexes Sachgebiet dar und erfordert spezialisiertes Wissen und Handeln. Mit ihrer qualifizierten Perspektive nehmen Experten nationale Bedrohungseinschätzungen vor – ganz im Gegensatz zum Einzelbürger, der sich vornehmlich auf seine persönliche Umgebung konzentriert. Gleichwohl repräsentieren sicherheitspolitische Exponenten auch wichtige Interessengruppen aus verschiedenen Ministerien und der Zivilgesellschaft. Durch politisches Taktieren stimmen sie im gemeinsamen Dialog verschiedene Interessenlagen und Machtansprüche miteinander ab und machen somit konkrete Sicherheitspolitik überhaupt erst möglich. Die Rollen und sicherheitspolitischen Ansichten von Experten sind also in vielerlei Hinsicht ausschlaggebend und bedürfen einer empirischen Verortung.

Um die Ansichten der nationalen Sicherheitsexperten erstmals zu registrie-

ren, wurden im Spätherbst des letzten Jahres 44 führende Exponenten aus 30 verschiedenen Gruppen aus Militär, Bundesverwaltung, Parlament, Forschung und Presse befragt. Um Interpretationsmonopole zu vermeiden, wurde die Auswahl der zu Befragenden dabei bewusst weit gefasst – nebst offensichtlichen Ak-

teuren, wie zum Beispiel die Direktion für Sicherheitspolitik (VBS), die Sicherheitspolitischen Kommissionen der Parlamente (SiK), das Politische Sekretariat (EDA), die ETH Zürich (CSS) und den grössten politischen Parteien, wurden auch Exponenten des erweiterten Sicherheitsbegriffes, so zum Beispiel die Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA) oder die Krisenmanagementsausbildung der Bundeskanzlei befragt. Auch befragt wurden die Presse und führende Forschungsinstitute in Genf, Bern und Zürich. Mit dieser weit reichenden Datensammlung wird davon ausgegangen, dass die dominanten Ansichten der nationalen Sicherheitsexpertengemeinschaft ziemlich genau wiedergegeben werden können.

Auf den ersten Blick zeigen die Resultate eine überraschend starke, qualifizier-

**Tabelle 1: Die aktuellen Bedrohungsthemen**

Rang	Sektor	Bedrohungsthema	Bedrohung		Aufschlüsselung «Ja»	
			Ja	Nein	Primäre Bedrohung	Sekundäre Bedrohung
1	MIL	Proliferation von Massenvernichtungswaffen	100%	–	75%	25%
2	POL	Organisierte Kriminalität	100%	–	62%	38%
3	MIL	Internationaler Terrorismus	98%	2%	82%	16%
4	POL	Failed states / Failing states	95%	5%	35%	60%
5	ECO	Verknappung von Energie	94%	6%	57%	37%
6	POL	Politische Radikalisierung in der Schweiz	93%	7%	30%	63%
7	POL	Globale Armut	91%	9%	37%	54%
8	SOZ	Illegale Einwanderung	88%	12%	23%	65%
9	MIL	Bürgerkriege (in Europa)	85%	15%	19%	66%
10	UGP	Globaler Klimawandel	84%	16%	42%	42%
11	MIL	Bürgerkriege (ausserhalb Europa)	82%	18%	33%	49%
12	SOZ	Drogenhandel / -schmuggel	80%	20%	32%	48%
13	UGP	Globale Pandemien	78%	22%	18%	60%
14	MIL	Zwischenstaatliche Kriege (ausserhalb Europa)	77%	23%	28%	49%
15	UGP	Verknappung von Wasser	74%	26%	32%	42%
16	MIL	Kleinwaffenhandel / -schmuggel	73%	27%	21%	52%
17	SOZ	Menschenhandel / -schmuggel	72%	28%	9%	63%
18	POL	Subversion/Agitation durch andere Staaten	70%	30%	15%	55%
19	ECO	Wirtschaftliche Repression durch andere Staaten	68%	32%	19%	49%
20	SOZ	Ausländerkriminalität	68%	32%	19%	49%
21	SOZ	Jugendgewalt	66%	34%	16%	50%
22	UGP	Verknappung von Nahrungsmitteln	63%	37%	25%	38%
23	ECO	Wirtschaftliche Globalisierung	61%	39%	6%	55%
24	SOZ	Demografische Überalterung	59%	41%	20%	39%
25	MIL	Zwischenstaatliche Kriege (in Europa)	54%	46%	11%	43%
26	UGP	HIV/AIDS	53%	47%	6%	47%
27	POL	Diktaturen	50%	50%	11%	39%
28	ECO	Arbeitslosigkeit	48%	52%	6%	42%
29	SOZ	Gesellschaftlicher Wertewandel	43%	57%	3%	40%
30	ECO	Aussenhandelsdefizit	42%	58%	1%	41%
31	MIL	Militärischer Angriff eines Staates auf die Schweiz	38%	62%	14%	24%
32	SOZ	Legale Einwanderung	28%	72%	10%	18%
33	SOZ	Häusliche Gewalt	24%	76%	6%	18%



\* Jonas Hagmann  
Politologe, Doktorand  
und wissenschaftlicher  
Assistent am IHEID in  
Genf

te Übereinstimmung zu 20 der 33 geprüften, diversen Bedrohungsthemen (siehe Tabelle 1). Diese Liste wird klar von der im Jargon so genannten «unheiligen Dreieinigkeit» – Proliferation von Massenvernichtungswaffen, organisierte Kriminalität und Terrorismus – angeführt. Sie beinhaltet jedoch auch Themen wie Staatenzerfall, Verknappung von Energie, politische Radikalisierung in der Schweiz, globale Armut oder illegale Einwanderung an prominenter Stelle. Auf den zweiten Blick lässt sich allerdings erkennen, dass die grosse Mehrheit dieser 20 Top-Themen effektiv als «sekundäre Bedrohungen» eingestuft werden (Mehrheiten in den Tabellen eingefärbt). Demnach befindet sich die Schweiz noch gerade fünf wirklich «primären» Bedrohungen ausgesetzt – nebst der «unheiligen Dreieinigkeit» also auch der Verknappung von Energie und, allenfalls überraschend, dem Klimawandel.

Instruktiv ist die allgemeine Hierarchisierung von ideal-typischen, so genannten Themensektoren: Politische Themen (POL), wie organisierte Kriminalität oder Staatenzerfall, dominieren, auf die gesamte Liste gesehen, noch vor militärischen Bedrohungen (MIL) wie Krieg oder Waffenhandel und diese wiederum vor umwelt- und gesundheitspolitischen (UGP) und wirtschaftlichen (ECO) Bedrohungsdiskursen. Sowohl die relative Relegation von militärischen Themen, als auch der Vorzug von umwelt- und gesundheitspolitischen Aspekten über wirtschaftliche Herausforderungen zeigen eindrücklich, wie sehr sich die Bedrohungswahrnehmung seit dem Kalten Krieg verändert hat. Die tiefe Bewertung von gesellschaftlichen (SOZ) Themen erklärt sich zu guten Teilen dadurch, dass diese oft als persönliche oder individuelle Probleme angesehen werden. Basierend auf diesem Verständnis wurde etwa gerade das Thema HIV/AIDS in den 90er Jahren aus der sicherheitspolitischen Doktrin der Schweiz gestrichen.

Wie wirken sich diese Herausforderungen in der geopolitischen Perspektive aus? Sehr deutlich herrscht die Meinung vor, dass die beschriebenen Themen nicht nur die Schweiz betreffen (siehe Tabelle 2). Im Gegenteil – es ist klar, dass die heutigen Bedrohungen mindestens kontinentalen Ausmasses sind, mit starkem Trend zur weiteren Globalisierung. Gleichfalls wird die Verantwortung für das heutige Bedrohungsumfeld differenziert: In den Interviews unterstrichen die Befragten

**Tabelle 2: Erweiterte Charakterisierung des Bedrohungsumfeldes**

Die identifizierten Bedrohungen...	Ja/eher ja	Teilweise	Nein/eher Nein
... betreffen ausschliesslich die Schweiz	–	19 %	81 %
... stellen gesamteuropäische Probleme dar	98 %	–	2 %
... stellen globale Probleme dar	69 %	22 %	9 %
... stellen zunehmend globale Probleme dar	83 %	16 %	1 %
... werden weitgehend von Staaten generiert	22 %	38 %	40 %
... werden bewusst von Staaten generiert	11 %	31 %	58 %
... werden weitgehend von nicht-staatlichen Akteuren generiert	57 %	28 %	15 %
... werden zunehmend von nicht-staatlichen Akteuren generiert	79 %	11 %	10 %

**Tabelle 3: Aussenpolitische Implikationen des Bedrohungsumfeldes**

Internationale sicherheitspolitische Zusammenarbeit...	Ja/eher ja	Teilweise	Nein/eher Nein
... ist nötig, um vor technisch komplexen Bedrohungen zu schützen	89 %	10 %	1 %
... macht auch das Ausland sicherer, womit die Schweiz sicherer wird	89 %	2 %	9 %
... ist nötig bzw. erlaubt es, die Schweiz effizienter zu schützen	87 %	12 %	1 %
... ist nötig, um vor zunehmend globalen Bedrohungen zu schützen	85 %	12 %	3 %
... erlaubt es, gewisse Probleme schon vor der Grenze abzufangen	80 %	11 %	9 %
... ist Zeichen schweizerischer Solidarität mit dem Ausland	74 %	13 %	13 %
... wird als «Solidaritätsbeitrag» von der Schweiz abgepresst	2 %	23 %	75 %
... untergräbt die Sicherheit, weil sie Handlungsspielraum einschränkt	–	14 %	86 %
... bringt Effizienzverlust, da Beiträge im Ausland versickern	8 %	4 %	88 %
... ist nicht nötig, um vor den definierten Bedrohungen zu schützen	3 %	9 %	88 %
... bringt keinen sicherheitspolitischen Effizienzgewinn	–	12 %	88 %
... erhöht Unsicherheit, da Bedrohungen des Partners geteilt werden	8 %	1 %	91 %

ihre Überzeugung, dass nicht-staatliche Akteure in der mittelfristigen Zukunft das nationale Sicherheitsumfeld dominieren werden. Schon heute werden diese Akteure mehrheitlich für die aktuellen Sicherheitsprobleme verantwortlich gemacht. Konträr zu klassischen, politologischen Annahmen stellen fremde Staaten somit nicht nur eine vergleichsweise kleinere Bedrohungsgroesse dar – sie werden interessanterweise oft auch als «Bedrohungen wider Willen» eingestuft.

Das beschriebene Umfeld scheint somit die strategische aussenpolitische Ausrichtung zu diktieren, denn die internationale sicherheitspolitische Zusammenarbeit leitet sich gemäss dominanter Expertenmeinung unmissverständlich aus dem Sicherheitsumfeld ab (siehe Tabelle 3). Solidaritätsbekundungen – im kalten Krieg und der Petitpierre-Doktrin noch der Hauptgrund schlechthin für jegliches internationales Engagement – spielen dabei eine etwas weniger wichtige Rolle als eigene Sicherheitsinteressen. Somit schlägt sich die Wahrnehmung eines kol-

lektiven und globalisierenden Sicherheitsumfeldes deutlich in der Ausgestaltung der Aussenpolitik nieder.

Zusammengefasst verweisen die Resultate auf überraschend starke Meinungskonvergenzen innerhalb der nationalen Expertengemeinschaft, sowie Bedrohungseinschätzungen und aussenpolitische Erklärungsansätze, die sich eindrücklich von denjenigen des Kalten Krieges absetzen. Somit werfen die Ergebnisse auch grundlegende Fragen zur konkreten Ausgestaltung der Sicherheitspolitik auf: Sind die aktuellen Budgetallokationen zwischen Ordnungsdiensten, besonders zwischen Armee und Polizei dem Bedrohungsumfeld angepasst? Benötigen die zunehmend nicht-militärischen Bedrohungen eine Rekonzeptualisierung der allgemeinen militärischen Wehrpflicht in einen erweiterten nationalen Landes- oder Sicherheitsdienst? Mit der empirischen Verortung der dominanten Expertenansichten wird hier versucht, eine gemeinsame Diskussionsgrundlage zu schaffen. ■